

Herrn Stadtverordneten-Vorsteher

Herbert Anders

61118 Bad Vilbel

Antrag der CDU-Fraktion und des Stadtverordneten Jörg-Uwe Hahn

Erhöhte Zuweisungen für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen

05. Mai. 2015

Sehr geehrter Herr Anders,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Vilbel bekennt sich erneut zu der Aufgabe der Unterstützung von politisch Verfolgten und dankt insbesondere allen ehrenamtlichen Helfern für deren Engagement bei dem Betreuen der in unserer Stadt wohnenden Flüchtlinge.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Vilbel fordert von Bund, Land Hessen und dem Wetteraukreis, den Städten und Gemeinden angemessene und auskömmliche finanzielle Mittel für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Hierzu sind die in Aussicht gestellten Gelder des Bundes aufzustocken. Das Land Hessen wird gebeten, seine Ankündigung, die Mittel vollständig an die kommunale Ebene weiterzuleiten, umzusetzen. Der Wetteraukreises wird gebeten, dem entsprechend deutlich höhere Anteile an die Kommunen weiterzuleiten.
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Wetteraukreis, dass das Zuteilen von Geldern für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen für alle Städte und Gemeinden nach dem gleichen Maßstab erfolgt. Eine Schlechterstellung einzelner Städte, wie z.B. Bad Vilbel, Rosbach oder auch Karben, die auf Anraten des hessischen Städte- und Gemeindebundes nicht Vertragskommune geworden sind, ist nicht hinnehmbar. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, weiterhin mit größtem Nachdruck die Interessen der Stadt beim Erhalt von Geldern für das Unterbringen zugewiesener Flüchtlinge zu vertreten.

Begründung:
erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

Irene Utter, CDU

Jörg-Uwe Hahn, FDP

